

Bern



Erstmals wird die Evakuierung bei einem AKW-Unfall mit «Figuranten» aus der Bevölkerung geübt. Foto: Valérie Chételat

Annäherungen an eine AKW-Katastrophe

Der «Gesamtnotfall» im AKW Mühleberg wird in der Region Bern noch bis Donnerstag geübt. Umfassender als früher - und doch lückenhaft.

Simon Thönen

Das erste Postauto mit Evakuierten aus der Alarmzone 1 des Atomkraftwerkes Mühleberg erreichte gestern um 10.15 Uhr das Mehrzweckzentrum Pöschen in Schwarzenburg. Das zweite kurz darauf. Mit den zwei Postautos und 60 Freiwilligen, Figuranten genannt, probten die kantonalen Behörden die vorsorgliche Evakuierung der Alarmzone 1 im Rahmen der Gesamtnotfallübung Mühleberg. Vorsorglich heisst: Nachdem eine Katastrophe im AKW absehbar ist - aber noch rechtzeitig, bevor die radioaktiven Wolken entweichen.

Die Figuranten haben von der Übungsleitung Rollen zugeschrieben erhalten. Die Frau im Rollstuhl ist nicht wirklich gehbehindert. Sie streitet mit einer Frau, die ihre Rennmaus mitgenommen hat, über den Gestank des Tieres. Die Maus ist ein Stofftier. Man versucht den Stress zu simulieren, der in einer zusammengewürfelten Gruppe von Evakuierten entstände. Doch was empfindet Figurant Hansruedi Müggler, wenn die Evakuierung echt wäre? «Wut, weil man uns nicht über die atomaren Risiken aufgeklärt hat», sagt der Pensionierte. «Und auch auf mich, weil ich mich nicht besser informiert habe.»

Gesamtnotfallübungen finden alle zwei Jahre an einem der vier AKW-Standorte in der Schweiz statt. Die aktuelle dauert drei Tage, noch bis Donnerstag. Sie ist eine Premiere. 45 Jahre nach Inbetriebnahme des AKW Mühleberg - und zwei Jahre vor seiner Abschaltung

2019 - wird erstmals die Bevölkerung einbezogen. Wenn auch nur in Gestalt einer Handvoll Figuranten. «Das ist untauglich», kritisiert Martin Forter von der Organisation Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz. «Man kann mit zwei Postautos keine Evakuierung üben.» Die ganze Bevölkerung der Alarmzonen 1 und 2 müsse in die Übungen einbezogen werden, fordern die AKW-kritischen Mediziner in der Vernehmlassung zur neuen Notfallschutzverordnung des Bundes (Text unten).

Fährt der ÖV bei einem Unfall?

«Das wäre unverhältnismässig», sagt Andreas Gäumann vom kantonalen Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM). «Mit der Übung erproben wir vor allem das Zusammenspiel der Behörden bei einer Evakuierung.» Dies habe «insgesamt sehr gut funktioniert». Es gab bloss kleine Verzögerungen, und eine Person wurde vergessen und musste nachträglich abgeholt werden.

Falls das AKW wirklich ausser Kontrolle zu geraten drohe und man echt evakuieren würde, würden laut Gäumann bloss sechs Postautos eingesetzt. Denn der Evakuierungsplan für die Zone 1 sieht vor, dass nur jene Personen abgeholt werden, die nicht auf eigene Faust fliehen können. Die anderen sollen sich mit dem Auto oder mit dem regulären ÖV selber aus der Gefahrenzone entfernen, wenn die Behörden sie dazu auffordern. Aber würde der ÖV noch fahren? «Rechtlich sind die Fahrer dazu verpflichtet», sagt Kurt Münger, Sprecher des Bundes-

amts für Bevölkerungsschutz. «Wir gehen davon aus, dass sie diese Aufgabe erfüllen. Aber letztlich kann niemand im Voraus wissen, wie sie sich angesichts eines Unfalls verhalten würden.»

Partielle Evakuierung von Bern

In der Zone 1 (3-5 Kilometer um das AKW) leben bloss 3300 Menschen. Gemäss den neuen Vorgaben des Bundes müssten die Behörden aber auch die Evakuierung von jenen Teilen der Zone 2 (20 Kilometer um die AKW) vorbereiten, die in der Abwindzone des AKW sind. Bei Westwind wäre dies die Stadt Bern mit ihren Vororten - rund eine Viertelmillion Menschen. «Das ist in diesem Umfang nicht realistisch», sagt Gäumann. Auf Geheiss des Regierungsrats wird aktuell ein Konzept für die Evakuierung von rund 30 000 Menschen der Zone 2 erarbeitet. Das würde zum Beispiel für Bern-West reichen. Eine grossräumige Evakuierung berge das Risiko, dass viele Menschen Schutzlos im Stau stecken, wenn die radioaktive Wolke komme, so Gäumann. In Häusern, Kellern und Schutzräumen seien sie dagegen relativ gut geschützt.

Allenfalls müssten sie dann nachträglich, aus bereits verstrahltem Gebiet, evakuiert werden. Auch dies wird nun am Beispiel der Gemeinde Münsingen geübt - exemplarisch für einen verstrahlten Hotspot, wie sie auch ausserhalb der Alarmzonen auftreten können. Die Bevölkerung wird davon jedoch nichts merken - es handelt sich hier um eine reine Stabsübung der Behörden.

Neue Notfallschutzverordnung Streit um den Katastrophenschutz

In der Vernehmlassung zur neuen Notfallschutzverordnung fordern AKW-Betreiber eine Lockerung, Kritiker eine Verschärfung der Vorgaben für die Behörden.

Am Montag endete die Vernehmlassungsfrist für die neue Notfallschutzverordnung des Bundesrats. Darin werden die Vorgaben für die Behörden im Falle eines AKW-Unfalls neu geregelt. Ebenso wird festgelegt, dass die Behörden sich auf schwerere AKW-Unfälle als bisher vorbereiten müssen. Je schwerer der sogenannte Referenzunfall, welcher der Planung zugrunde liegt, desto anspruchsvoller wird der Notfallschutz.

Obwohl der Bundesrat nach Fukushima eine rasche Überarbeitung des Notfallschutzes versprochen hatte, dauerte es drei Jahre, bis sich eine Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen 2014 auf das neue «Referenzszenario A4» einigte. Erstmals wird der Notfallschutz mit einem Unfall geplant, der zu radioaktiver Verstrahlung des Bodens führen würde. Bisher rechnete man mit Edelgaswolken, die zwar die Luft radioaktiv belasten, sich aber nicht am Boden ablagern. Das neue Konzept soll nun in der Notfallschutzverordnung rechtlich verbindlich festgeschrieben werden.

Als unzureichend bezeichnen die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (Aefu) die Vorlage in der Vernehmlassung. Der angenommene Referenzunfall sei viel schwächer als die reale Katastro-

phe von Fukushima und erst recht als jene von Tschernobyl. Die Aefu kritisieren zudem, dass bloss mit einer «mittleren Wetterlage» gerechnet wird - also nicht mit ungünstigem Wetter, das die Folgen eines Unfalls verschärfen würde. Beim Notfallschutz kritisieren die Aefu, dass Evakuierungen auf gesunde, mobile Personen ausgerichtet seien. Menschen mit Einschränkungen - Behinderte, Spitalpatienten oder Gefängnisinsassen - würden in der Planung vernachlässigt.

Für Swisssuclear, den Verband der AKW-Betreiber, ist das neue Szenario A4 hingegen zu streng. Es sei «völlig unrealistisch», weil es «keinen Bezug zur sicherheitstechnischen Realität» der Schweizer AKW habe, erklärte Swisssuclear («Bund» vom 1. Juli). (st)

Brönnimanns Kandidatur freut die FDP und fordert die SP

Köniz unter Spannung: Nebst Annemarie Berlinger (SP) und Hans-Peter Kohler (FDP) steigt auch Thomas Brönnimann (GLP) in die Stichwahl ums Gemeindepräsidium.

Marc Lettau

Statt zum Kräfteressen zwischen links und rechts, statt zur Wahl zwischen Frau und Mann wird die Stichwahl vom 22. Oktober ums Könizer Gemeindepräsidium nun zu einer komplexen Angelegenheit. Gestern hat sich nämlich der Grünliberale Thomas Brönnimann entschieden, in die Ausmarchung einzugreifen und gegen Annemarie Berlinger-Staub (SP) sowie Hans-Peter Kohler (FDP) anzutreten. Genau genommen war Brönnimann längst willens, anzutreten. Nur wartete er

die Zustimmung seiner Bündnispartner ab. In Köniz bildet nämlich die Aufwind versperrende GLP mit der CVP und der ebenfalls erstarkten EVP eine gemeinsame Mittefraktion. Diese Mitte ist nun parat, Brönnimann nach dem Erfolg vom Wochenende die Kür zu gönnen. GLP, EVP und CVP begründen die Nomination Brönnimanns mit dem Verhalten der Wählerinnen und Wähler: Brönnimann seien in den Gemeinderatswahlen Stimmen aus allen Lagern zugeflossen. In inhaltlicher Hinsicht betonen die Mitteparteien die Finanzlage der Gemeinde: Es gelte, die Gemeindefinanzen rasch ins Lot zu bringen und dem parlamentarischen Kompromiss zur gemeinderätlichen Finanzstrategie zum Durchbruch zu verhelfen: «Ein klares Bekenntnis zu diesem Kompromiss ist bislang nur bei Thomas Brönnimann zu erkennen.»

Die FDP hofft zu profitieren

Brönnimanns Kandidatur fordert sowohl die SP als auch die FDP heraus. Beide Parteien sind geneigt, dem grünliberalen Herausforderer nicht unbedingt reelle Wahlchancen zu attestieren. Aber alle angefragten Insider geben an, Brönnimanns Kandidatur habe grossen Einfluss auf den Ausgang des Kräfteressens zwischen Berlinger und Kohler. So mutmasst FDP-Präsidentin Erica Kobel, Brönnimann werde «viele freie Radikale aus der grossen Masse der Mitte an sich binden». Diese «überlegten Wählerinnen und Wähler» dürften sich in beträchtlicher Zahl für Brönnimann entscheiden, sagt Kobel. Eventuell ist das keine Prognose, sondern eine

freisinnige Hoffnung: Die Chancen des FDP-Kandidaten verbessern sich, wenn Brönnimann beispielsweise in nicht zu knapper Zahl grüne Stimmen anzieht und so das Stimmenkonto von Annemarie Berlinger schmälert. Salopp gesagt: Sollte Brönnimann durch solche kollateralen Effekte zum «Steigbügelhalter» Kohlers werden, werden ihm dies die Freisinnigen noch lange danken.

SP setzt auf «die beste Kandidatin»

Bestimmt sind auch der SP solche Überlegungen nicht fremd. Markus Willi, Co-Präsident der SP, blieb gestern aber gelassen. Erstens sei es Thomas Brönnimanns gutes Recht, für den zweiten Wahlgang anzutreten. Zweitens führe



T. Brönnimann.



Hans-Peter Kohler.



A. Berlinger-Staub.

die SP einen Wahlkampf ausgehend von ihren eigenen Qualitäten: «Wir haben die beste Kandidatin.» Und die Kandidatin «mit dem besten Resultat». In der Tat lag Annemarie Berlinger im ersten Wahlgang mit grossem Vorsprung vorn. Im kurzen Wahlkampf bis am 22. Oktober wird sich die SP allerdings auch damit herumschlagen müssen, welche Unterschiede zwischen Berlinger und Brönnimann sie betonen will: Die beiden nehmen in viele Punkten eine ähnliche politische Position ein.

BDP im Dilemma

Mitentscheidend für den Ausgang der Stichwahl ist neben der Mobilisierungsfähigkeit der Parteien auch der Positionierungsentscheid der BDP. Sie wird von der FDP umworben, erwägt aber selber auch den Anschluss an die Mittefraktion aus GLP, EVP und CVP. Tut sie Letzteres, wäre die Unterstützung der Kandidatur Brönnimann wohl die schlüssige Folge, was Hans-Peter Kohler einige erhoffte bürgerliche Stimmen kosten dürfte. Gleichzeitig versteht sich die BDP als durchaus bürgerlich und somit eher Kohler zugetan. Im Hinblick auf die noch zu fallenden Einscheide unterstreicht BDP-Parteipräsident Thomas Frey zwei Faktoren. Erstens sei die BDP eben «ganz klar eine sachorientierte, bürgerliche Mittepartei». Zweitens sei ebenso klar, dass die BDP bei den Wahlen Stimmen an die anderen Mitteparteien verloren habe: «Wir haben die gleiche Wählerschaft.» Wie sie aus dieser Zwickmühle kommen will, entscheidet die Partei nicht vor morgen Abend.

Anzeige

JETZT eintauschen!

Tauschen Sie Ihre Kamera oder Ihr Objektiv bei uns ein!

Wir ziehen die Mindesteintauschprämie von bis zu CHF 400.- direkt beim Neukauf ab und Sie profitieren sofort.



BEWERBUNGSBILDER ab CHF 49.- ohne Voranmeldung

FOTO PRO dany

FotoPro dany
Waisenhausplatz 14
3011 Bern
www.fotopro.ch

Flohmarkt Sa. 7. Oktober 2017
09.00 - 16.00 Uhr
www.flohmarkt-steinhölzli.ch
Infos auf Homepage oder im Laden
Saturimpulse.ch Kirchstrasse 4 - 3097 Liebfeld